

Das Große Experiment des Übergangs

Über die Grenzen unseres ökonomischen Wissens

Der Forscher beugt sich tief über sein Mikroskop. Der riesenhafte Käfer auf der Glasplatte, den er seit Jahrzehnten geduldig untersucht, zeigt plötzlich eigenartige Verhaltensweisen. In der letzten Zeit hatte er wie scheintot unter dem Objektiv gelegen, und der Entomologe war davon überzeugt, daß er noch lange Jahre die Muße haben würde, seinen Gliederfüßler zu studieren, bis dieser friedlich seinen Geist aufgibt.

Anfänglich hatte der Forscher den Käfer direkt ins Herz geschlossen, später spürte er Mitleid mit ihm, und es war für ihn eine Frage seines fachlichen Selbstwertgefühls, alle Register seines Könnens zu ziehen, um das Tier zu neuem Leben zu erwecken. Und nicht zuletzt war da die leise Furcht, daß mit dem Ableben des Käfers früher oder später auch die bequeme Forschungsarbeit ihr Ende fände.

Doch – siehe da – der Käfer scheint zu neuem Leben zu erwachen. Sein Nervensystem erteilt neue Befehle: Wanst abspecken, Panzer ablegen, sich mit anderen Käfern anfreunden! Die Körperteile dürfen sich selbstständig in der freien Luft bewegen, und wenn's nicht geht, so trennt man sich von einigen. Neue wachsen nach. Und es empfiehlt sich, auch gleich sensiblere Fühler mitzuentwickeln.

Der Forscher ist angesichts dieser plötzlichen Aktivitäten hocherfreut, war er doch in den vergangenen Jahrzehnten ständig bemüht, ähnliche Weisungen förmlich in den Kopf des Käfers zu prügeln. Verschiedenste Chemikalien hatte er ihm gespritzt, versucht, mit kleinen Stromstößen nachzuhelfen und die Außentemperatur zu verändern. Nur an die Transplantation des Kopfes selbst hatte er sich noch nicht gewagt. Sollte dies zwischenzeitlich jemand anderes vollzogen haben?

Zuerst verdächtigt er instinktiv den Leiter des Labors, mit dem er bis zum heutigen Tage in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis gestanden hatte. Beide wußten: Solange das Insekt lebt, ist auch ihre Anstellung nicht in Gefahr. Der Forscher mußte sich stets beim Direktor die Erlaubnis einholen, wenn er eine neue Idee umsetzen wollte, um den Käfer dazu zu bringen, daß er wenigstens ein bißchen strampelte. Der Laborleiter lehnte jedoch meist schon die Anwendung stärkerer Stimulierungsmittel entschieden ab, von der Erlaubnis, den Kopf zu transplantieren, ganz zu schweigen. Doch war ihm in den letzten Monaten anzusehen, daß er auch vor solchen Eingriffen nicht mehr zurückschrecken würde, so groß war die Angst, es gehe mit dem Käfer zu Ende.

Nun stürzt unser Forscher in das Zimmer des Chefs, die große Neuigkeit, »eppur si muove«, zu melden. Dort jedoch schaut er in neue Gesichter. Natürlich hatte auch er hier und da von der Wahl eines neuen Laborleiters gehört. Er hat bereits darüber nachgedacht, wem er wohl seine Stimme geben würde: dem bisherigen Vorgesetzten, der zwar fachlich nicht der Beste ist und ihn auch schon des öfteren gedemütigt

hatte, der jedoch andererseits eine sichere Existenz garantieren würde und berechenbar ist; oder einem der begabtesten Mitarbeiter des Labors, der unter Berufung auf westliche Fachliteratur schon seit längerem radikale Heilkuren zur Wiederaufrichtung des Insekts empfohlen und der auch als erster mit dem Gedanken einer Kopftransplantation geliebäugelt hatte. Freilich stand er im Rufe eines Unruhestifters.

Im Chefzimmer saß indes keiner von beiden, sondern – man sollte es nicht glauben – ein alter Mitarbeiter des bisherigen Chefs. Abgesehen von seiner Neigung, zeitweilig etwas lauter als erlaubt trübsinnige Äußerungen von sich zu geben – daß gemeinsam mit dem Käfer einst das gesamte Labor ins Grab steigen werde –, hatte er früher wenig Schwierigkeiten gemacht. Er war nicht ausgesprochen unbegabt und hatte ebenfalls erkannt, daß der Austausch des Kopfes früher oder später unvermeidlich sein würde, doch verkündete er dies nicht lauthals, sondern hielt sich bedacht zurück. Still untersuchte er die Gliedmaßen der Käferbeine. Die Sprache seiner Forscherkollegen verstand er, kam gut mit den Laborantinnen aus und war auch beim Pfortner beliebt. Als in den letzten Monaten der Laborleiter wegen des immer schwerer in Gang zu bringenden Tieres mehrmals wie blind um sich schlug, ging sein bedachter Mitarbeiter vorsichtig auf Distanz zu ihm, ohne sich dabei jedoch zu sehr denjenigen zu nähern, die einen schnellen Austausch des Kopfes forderten. »Die Transplantation sollten wir gemäß der Tradition unseres Labors ohne jegliche Eile durchführen. Dem Käfer muß man auch nach der Operation noch ansehen, daß wir ihn zu neuem Leben erweckt haben.«, beliebte er zu sagen.

Und jetzt sitzt er im Chefessel. Als erste Maßnahme hat er die Kopftransplantation verfügt. Unseren Forscher betrübt das nicht. Während er jedoch den neu belebt scheinenden Käfer wieder eingehender Untersuchungen unterzieht, erfassen ihn plötzlich Zweifel...

In diesem Artikel ist von *Dilemmas* die Rede, den Dilemmas jenes Zweiges der Wirtschaftswissenschaften, der die »Kopftransplantation« der Wirtschaft in Osteuropa teilweise mit vorbereitet hat und dessen Vertreter heute nach einer langen Zeit der Reformierung nachzudenken beginnen über die plötzlich nun doch sich eröffnende Möglichkeit der Transformierung.

Die einleitende Episode kann nur schwerlich ihren ungarischen Ursprung verleugnen, wenngleich viele Motive auch bei unseren Nachbarn auszumachen sind. Osteuropa steht vor einem Großen Experiment, dem Experiment des Übergangs¹: Die osteuropäischen Nationalwirtschaften sollen gleichzeitig stabilisiert, modernisiert, dezentralisiert und – über Deregulierung, Privatisierung und die Öffnung nach Westen – liberalisiert werden. In der Politik ist man bestrebt, simultan Demokratie und soziale Gerechtigkeit herzustellen – und all das meist im Dunkel tappend.

Der folgende skizzenhafte dogmengeschichtliche Überblick soll bei der Orientierung in diesem Dunkel helfen und will anhand einiger empirischer Übergangsdilemmas die Grenzen unseres ökonomischen Wissens beleuchten. Mit einer gewissen Melancholie registriere ich dabei, daß den Ökonomen als »Transformern« (der Leser gestatte mir diese Neuprägung)² oft nichts anderes übrigbleibt, als die praktischen Dilemmas einfach in die Theorie umzusetzen, ohne besonders

zu ihrer Lösung beitragen zu können. Das läßt zugleich erahnen, daß auf unserer »Versuchsstation Osteuropa« die Kapitel des Regiebuches der Transformation – ähnlich wie früher im Falle der Reformen – improvisiert werden müssen. Diese Improvisation ist freilich nicht zu verwechseln mit spontaner Entwicklung: »Übergangs-Engineering« wird sich wohl kaum in der Besorgung der vom klassischen Liberalismus erlaubten Nachwächteraufgaben erschöpfen.

Das Erbe der Reformökonomien

Meine Aussagen über die Grenzen der postsozialistischen Wirtschaftslehre beruhen auf folgenden Hypothesen³:

1) Die Lücken in unserem ökonomischen Wissen über die Transformation sind *nicht* ausschließlich damit erklärbar, daß es in der modernen Wirtschaftsgeschichte kaum etwas gibt, das mit dem osteuropäischen Übergang vergleichbar wäre. Vieles hängt davon ab, mit welchem Rüstzeug sich die ehemaligen Reformökonomien auf ihre neue Forschungsexpedition begeben, bzw. welchen Einflüssen sie am Beginn ihrer Entdeckungsreise unterliegen.

2) Das intellektuelle Gepäck, die sog. »Reformökonomie«, beinhaltet auch in ihren späten radikalen Varianten noch das Programm einer begrenzten (simulierten) Liberalisierung *innerhalb* des Parteistaates, das seine theoretische Bestätigung im »Plan-Markt-Diskurs« sucht. Dieser Diskurs bemüht sich um die spekulative Verknüpfung der Institutionen »Plan« und »Markt« und stützt sich dabei auf einen sterilen, dem Plan bestenfalls gleichgestellten Marktbegriff (ohne wirkliche Eigentumsrechte, ohne freie Unternehmer und ohne Marktkultur). Obwohl die radikaleren Strömungen der Reformökonomie bereits vor einiger Zeit begonnen haben, die Legitimität der absoluten Grenzen der Wirtschaft sowjetischen Typs (staatliches Großeigentum und Einparteiensystem) politisch in Frage zu stellen, begnügte sich das Reformdenken auf einer theoretisch-normativen Ebene weiterhin damit, innerhalb dieser Grenzen Experimente vorzuschlagen, die den Markt und das Privateigentum lediglich simulieren.

3) Während der Reformgedanke, verglichen mit der anfänglichen Stalinismuskritik, zwar immer »profaner« und radikaler auftritt, bleiben uns seine Vertreter bis heute eine *allgemeine* Theorie der Wirtschaft sowjetischen Typs schuldig, die den angesammelten östlichen Erfahrungsschatz und die westliche abstrakt-analytische Technik in sich vereinte.

4) In der ersten Periode des Übergangs vollzieht der Reformler den Schritt vom Modell der »sozialistischen Marktwirtschaft« zu dem der »sozialen Marktwirtschaft« ohne in seinem Reisegepäck dabei mehr mitzubringen als ein Gemisch aus einer »Grenzfallwirtschaftslehre« (die atypische Fälle in einer »normalen« Marktwirtschaft beschreibt) und einigen Deregulierungsprogrammen, die auf einen Mittelweg abzielen.

5) Die ersten ideologischen Reflexe des zum Transformer gewordenen Reformökonomien sind sozialdemokratisch, und zwar nicht gerade von der liberalsten Sorte. Entgegen manchen Erwartungen haben wir es nicht mit dem Vertreter eines »östlichen Neoliberalismus« zu tun, sondern mit einem Ökonomen, der mit

starken interventionistischen Neigungen in der postsozialistischen Welt eintrifft, bereit zu pragmatisch-konstruktivistischen Lösungen und versehen mit einem relativ ausgeprägten sozialen Gewissen. Er wird jedoch von nun an *nicht mehr »Plan« und »Markt«, sondern »Staatliches« und »Privates«* abstimmen.

6) Während des Übergangs wird der Transformer von den einheimischen sozial-liberalen Parteien mit ideologischer Munition ausgestattet; der Alltag der Transformation überhäuft ihn mit einer Unmenge von pragmatischen »Ingenieur«-Aufgaben wie in den Tagen der Reformierung; und auch jetzt kommt er nicht ohne logische und politische Kompromisse aus, selbst wenn die Zugeständnisse kleiner sind als früher. Letztendlich scheint er sich mit dem Gedanken eines »mittelstarken« Staates, mit der Idee einer *»Regulation der Deregulation«* auszuöhnen.

Die Harmonie-Dilemmas des Übergangs

Wählen wir unter den Aufgaben des wirtschaftlichen Übergangs drei heraus: *Privatisierung, Marktherausbildung und Stabilisierung*, und unter den politischen die *Demokratisierung*, und schauen wir, welche Komplikationen bei ihrer gemeinsamen Verwirklichung auftreten können.⁴ Mindestens drei verschiedene Zusammenhänge erwecken unser Interesse:

a) ein Gutteil der Maßnahmen zur wirtschaftlichen Transformation ergänzen und/oder bedingen einander; darüber hinaus können solche Maßnahmen wechselseitig ihre Wirkung verstärken;

b) es kann aber auch geschehen, daß dieselben Maßnahmen ihre Chancen wechselseitig verringern, ja einander sogar ausschließen;

c) schließlich können die ökonomischen Aufgaben, in ihrer Gesamtheit oder jede für sich, den politischen Wandel ebenfalls nicht nur fördern, sondern mit ihm kollidieren.

Im ersten Fall diktiert die Logik dem Transformer, sich zu bemühen, die zueinandergehörenden wirtschaftlichen Aufgaben nach Möglichkeit *gleichzeitig* auszuführen, selbst wenn dies schon rein technisch außerordentlich schwierig ist. Jede Aufgabe besteht aus Hunderten von Teilaufgaben mit unterschiedlichem Zeitaufwand; eine Aufgabe muß bereits zu einem gewissen Teil erfüllt sein, damit sich die andere anschließen kann; die Erfüllung einzelner Aufgaben kann vorausseilen, während andere sich verzögern können; die Kapazität der »Übergangs-Manager« ist endlich etc. So gerät die Synchronisierung schnell aus dem Takt. Der Transformer muß daher über Prioritäten, die Geschwindigkeit von Teilprozessen und die kritische Masse der Anfangsmaßnahmen, mit einem Wort über *technische Dilemmas* entscheiden, in der Hoffnung auf positive Kettenreaktionen, da er als ehemaliger Reformierender weiß: die ersten Elemente der neuen Ordnung können nur allzu leicht von der alten assimiliert werden.

Im zweiten Fall kommt es zur Verunsicherung der ökonomischen Logik, und schon verhärtet sich das Dilemma zum Paradoxon: Gewisse Aufgaben – in den unterschiedlichsten Kombinationen – fördern *und* beeinträchtigen sich gleichzeitig in ihren Realisierungschancen. So kann die in zerrütteten Ehen übliche »Weder

mit dem anderen noch ohne ihn«-Pattsituation entstehen, weswegen ich hier von *logischen* Dilemmas des wirtschaftlichen Übergangs sprechen will. Gefragt ist hier ein Transformer, der es versteht, das entstehende Gewirr von Vor- und Nachteilen zu entflechten.

Im dritten Fall schließlich kann die ökonomische Logik, falls sie noch nicht völlig verunsichert ist, mit der politischen (sozialpolitischen) Logik in Konkurrenz geraten. Aus diesem Grunde spreche ich hier von den *politischen* Dilemmas des wirtschaftlichen Übergangs.⁵ Mit ihrem Erscheinen ist das Verwirrspiel der Alternativen vollkommen. Während man bei den ökonomischen Aufgaben oft noch eine Kosten-Nutzen-Gleichung aufstellen kann, sucht der Transformer in dem Augenblick, wo die Politik mit ins Spiel kommt, vergebens nach einem gemeinsamen Meßinstrument. Es kann vorkommen, daß die politische Ratio den Sieg davonträgt, und die Kombination »kleiner wirtschaftlicher Nutzen bei großem politischen Vorteil« alle Alternativen, die größeren wirtschaftlichen Nutzen bei kleinerem politischem Vorteil in Aussicht stellen, vom Tisch fegt.

Wie dem auch sei, es vermag kaum zu trösten, daß es sich bei all diesen Harmonie-Dilemmas – wie wir sehen werden – lediglich um die Abkömmlinge zweier uralter Grundfragen liberaler Übergänge handelt:

1) Im Hayekschen Sprachgebrauch: Wie gelangen wir ohne »konstruktivistischen Rationalismus« aus einer nicht-spontanen Ordnung in den Zustand einer spontanen Ordnung? Ist die Marktwirtschaft staatlich einführbar?

2) Wie kann man eine Gesellschaft gleichzeitig wirtschaftlich liberalisieren und politisch demokratisieren, wenn ein bedeutender Teil ihrer Mitglieder nicht Anhänger des freisinnigen Ideals sind, und sie dazu noch in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt, die zwar den Zusammenbruch der alten Ordnung beschleunigt, gleichzeitig jedoch das Fußfassen der neuen erschwert?

*

Kehren wir zurück zu den erwähnten Aufgaben der Transformation, und betrachten wir Beispiele ihrer technischen, logischen und politischen Reibung. Die *Privatisierung* hat die heftigsten Diskussionen ausgelöst. Welche Aufgabenkombinationen ergeben sich hier?

Privatisierung und Markt

Privatisierung und Marktherausbildung bedingen sich in den Augen der meisten Transformer wechselseitig. Die auf Ersatzkapitalisten in Gestalt »betrieblicher Selbständigkeit«, »Selbstverwaltung« etc. aufbauenden sozialistischen Reformen haben zur Genüge gezeigt, daß die Marktherausbildung durch verschwommene Eigentumsrechte blockiert werden kann. Will man dies vermeiden, so gilt es, den Anteil des Privateigentums (und damit die Zahl der verantwortlichen Marktakteure, die Intensität des Wettbewerbs etc.) bedeutend zu erhöhen. Das setzt wiederum einen bereits einigermaßen funktionierenden Arbeits-, Kapital- und Geldmarkt voraus. Nur so kann die Auslese der Marktinstitutionen auf natürliche Weise von unten erfolgen und muß nicht künstlich von oben dekree-

tiert werden. Selbstverständlich ergänzen Privatisierung und Marktherausbildung einander nur dann, wenn man gleichzeitig die vorhandenen Monopolstrukturen zerschlägt, weil es sonst die in Privathand übergehenden Großunternehmen eventuell verstehen, den Wettbewerb noch wirkungsvoller als ihre »sozialistischen« Vorgänger zu begrenzen.

Die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Bewertung des zu privatisierenden Kapitals, der Auswahl der neuen Eigentümer und der finanziellen Abwicklung der Privatisierungsaktionen, wie sie derzeit die Gemeinschaft der osteuropäischen Ökonomen spalten, geben ein Bild davon, welche Unmenge ursprünglich zumeist technischer Dilemmas es hier zu lösen gilt. Die Privatisierung braucht, erfolgt sie auf dem Markt, Verkäufer und Käufer, Preise, Konkurrenz, Rechtssicherheit etc.; der Verkäufer kann nicht gleichzeitig Käufer seiner eigenen Ware sein; der Käufer sollte sie nach Möglichkeit nach öffentlicher Ausschreibung erwerben – die Idealbedingungen einer »fairen« Privatisierung ließen sich beliebig fortsetzen. Und bekanntlich sind sie ohne ein liberales Gesellschaftsgesetz, ohne eine überparteiliche staatliche Vermögensagentur, ohne unabhängige Treuhandgesellschaften, ohne eine Börse, ohne ein Konkurrenzpreissystem, ohne zahlungsfähige Nachfrage nicht gegeben.

Setzen wir optimistisch voraus, daß die politische Wende den rechtlich-organisatorischen Rahmen für die Privatisierung geschaffen hat. Zu Konkurrenzpreisen führt der Weg jedoch nur über eine Deregulierung, d.h. über Entmonopolisierung und Abbau der staatlichen Subventionen. Dieser Weg wird allerdings durch breite Unternehmens- und Branchen-Lobbies versperrt. Somit muß die Privatisierung entweder über anfänglich irreführende, dann jedoch immer realistischere Preise Schritt für Schritt durchgeführt werden, oder – und das scheint die »gordische« Lösung des Dilemmas zu sein – es müssen gleich zu Beginn des Übergangs umfassende Privatisierungsaktionen eingeleitet werden, und das zu alten, künstlichen Preisen. Andererseits wird ein so radikaler Start im Inland nicht von einer ausreichenden privaten Kaufkraft unterstützt, und so bleibt die Wahl zwischen ausländischen Anlegern, dem »Überkreuzbesitz« innerhalb des ehemaligen »sozialistischen« Sektors und der Vermögensaufteilung auf Arbeitnehmer- oder »Volksaktien«. Der Preis der ersten beiden Lösungen kann im Erscheinen neuer Monopolorganisationen oder in der Machtkonservierung der alten liegen, die dritte Lösung hingegen kann die bereits vorhandenen effizienten Marktstrukturen zerrütten. Das Problem liegt also darin, daß Lösungen neue Dilemmas erzeugen können, die wieder neue Schwerthiebe notwendig machen.

Es gibt noch mehr (technische) Reihenfolge- und Strukturfragen, die schwere logische (und politische) Dilemmas in sich bergen. Um nur einige zu nennen: In welcher Industriebranche soll die Privatisierung beginnen? Sollen zuerst die profitbringenden oder die Verlustbetriebe, die großen oder die kleinen Unternehmen unter den Hammer kommen? Wie schnell soll die Entstaatlichung vorangetrieben werden? Wie hoch soll die Beteiligung des ausländischen Kapitals sein?

Und die Antworten? Die »spontane Privatisierung« verläuft schneller als die staatlich gelenkte, im Endeffekt aber helfen beide einem Teil der alten Monopole zu überleben. Auch die verschiedenen Spielarten des »Volkskapitalismus« lassen

sich zwar in relativ kurzer Zeit verwirklichen, können jedoch – wie im Falle der Arbeiterselbstverwaltung – den Kapitalfluß desorientieren und die Rationalisierung von Verlustbetrieben verhindern sowie den »*anciens riches*« eine Chance geben, die Volksaktien günstig aufzukaufen. Eine mit Hilfe ausländischen Kapitals durchgeführte bzw. eine spontane Privatisierung beschleunigen eine gesunde Selektion durch den Markt, bewirken aber mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit die Bildung von »Wirtschaftsinseln«. Privateigentum und Markt: sind sie erst einmal »fertig«, passen sie sicherlich besser zueinander als in der Phase ihrer Entstehung.

Privatisierung und Stabilisierung

Meistert der Transformer diese – logisch teilweise lösbaren – Dilemmas, wird er es kaum vermeiden können, über den Zusammenhang zwischen Privatisierung und Stabilisierung nachzudenken. Die Privatisierung tut der Stabilisierung gut, da sie die technische Entwicklung fördert, das Wirtschaftswachstum und damit die Herstellung des Binnenmarktgleichgewichts beschleunigt sowie – schon allein dank der für die verkauften Staatsunternehmen kassierten Gelder – das Defizit des Staatshaushalts und den Inflationsdruck verringert. Das haben die Transformer schon als radikale Reformer verkündet.

Und vice versa: die Ausbreitung des Privaten Sektors wird außerordentlich erschwert, wenn das Gespenst einer fortlaufenden Rezession die potentiellen Anleger vor dem Kauf staatlichen Vermögens zurückschrecken läßt, wenn infolge der seit langem fälligen Lohnforderungen mit einer Streikwelle zu rechnen ist, oder wenn man befürchten muß, den Profit – zur Vermeidung des weiteren Verfalls der Zahlungsbilanz – eventuell nicht außer Landes bringen zu können. Es wäre demzufolge von Vorteil, wenn die Privatisierung nicht nur mit der Marktherausbildung Hand in Hand ginge, sondern auch mit der Stabilisierung der Wirtschaft.

So weit so richtig, nur können sich Privatisierung und auch Marktherausbildung als zweiseitige Schwerter erweisen, wenn man sie zur Krisenbewältigung einsetzen will. Die mit ihnen involvierte Umordnung der Wirtschaftsorganisation, der Kommunikations- und Motivationsketten, mit einem Wort, die gewaltigen Umstellungskosten können ein schnelles Krisenmanagement beträchtlich behindern: Der Import kann hochschnellen, der Export sinken, die Inflation sich beschleunigen, während gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen steigt und die Produktion weiter stagniert oder zurückfällt. In einer Zeit, da die Hierarchie *nicht mehr* und der Markt *noch nicht* funktionieren, können sich die Nachteile beider Systeme summieren, und dann fällt es selbst einer starken Regierung nicht leicht, Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Oder von der anderen Seite aus betrachtet: Wenn das Krisenmanagement die Löhne einfriert und Finanzrestriktionen und Importbeschränkungen durchsetzt, so sind dies wohl kaum ausgesprochen marktfreundliche und Privatunternehmungen förderliche Maßnahmen. Ja, es kann im Interesse der Stabilisierung sogar erforderlich sein, diejenigen Großbetriebe von der Privatisierung auszusparen, auf deren Schultern die Wirtschaft gegebenenfalls aus dem Rezessionsloch herauskommt.

Wenn wir dabei noch bedenken, daß auf diese Weise auch zahlreiche andere für den Übergang erforderliche ökonomische Maßnahmen einschneidenden Restriktionen unterworfen werden, daß z.B. die Dezentralisierung zugunsten des Schutzes der Monopole gebremst wird, daß die Modernisierung an den RGW-Verpflichtungen dieser Monopole scheitert, – dann ist es vielleicht purer Euphemismus, von Übergangsdilemmas zu sprechen und nicht von einem unentwirrbaren Geflecht von Transformationsaufgaben.

Demokratisierung und Schocktherapie

Bislang haben wir stillschweigend vorausgesetzt, daß die Transformer auf dem Boden eines allgemeinen politischen Konsenses über Privatisierung, Marktherausbildung und Stabilisierung nachdenken. Dabei wissen wir nur zu gut, daß jede dieser drei ökonomischen Aufgaben mit der Forderung nach Demokratisierung kollidieren können (ganz zu schweigen von der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit). So ist hier der politische Dissens wahrscheinlicher als der Konsens.

Die Privatisierung kann der alten Elite erlauben, ihre ehemaligen Privilegien zu kapitalisieren; die Herausbildung des Marktes bringt nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer hervor; und schließlich kann die Stabilisierung einem Gutteil der Wirtschafts-Lobbies dazu verhelfen, ihren Einfluß zu konservieren. Umgekehrt kann die Nomenklatura unter Berufung auf demokratische Gesetze die Privatisierung verzerren; die Opfer des Wettbewerbs können sich gegen die Deregulierungs- und Stabilisierungsmaßnahmen demokratisch organisieren und zum Lohnkampf übergehen; und beide Gruppen können sich auch zu gemeinsamen Gegenaktionen verbünden, sogar im parlamentarischen Rahmen.

Zum ehrlichen Bedauern des Transformers erweist sich der Käfer im Verlauf des Großen Experiments als widerspenstig. Die Belastbarkeit seiner Körperteile ist unterschiedlich: Der Parteisekretär, der seines Schreibtisches verlustig ging, der bescheiden dahinlebende kleine Beamte und der plötzlich arbeitslose Bergarbeiter sind von verschiedenen Ängsten erfüllt. Diese Ängste können sich neutralisieren, aber auch summieren, was wiederum dazu führen kann, daß die allgemeine Toleranzschwelle des Versuchstieres sinkt.

Das alles muß der Transformer berücksichtigen, wenn er sich die Frage »Schocktherapie: ja oder nein« stellt. »Ja« würde heißen, daß er davon ausgeht, mit einer simultanen Lösung die oben genannten technischen und logischen Dilemmas loszuwerden. Wenn die Transformationschritte einander technisch einfach zuordnenbar und in ihrer Wechselwirkung ausschließlich förderlich wären, könnte man leichten Herzens einen umfassenden Schock als Heilmethode empfehlen. In diesem Falle müßten wir uns »nur« darüber den Kopf zerbrechen, ob das kranke Tier wohl die simultane Dosierung der Übergangsarzneien vertragen würde. Sind jedoch diese Mittel nicht synergetisch, so fällt es schwer, auch nur einen partiellen Schock zu verschreiben.

Zwischen dem »Ja« und dem »Nein« einer umfassenden Schockbehandlung liegen die Möglichkeiten, der Wirtschaft je nach Aufgabe eine Reihe von größeren Schlägen zu versetzen, die sich mit graduellen Übergangsprogrammen kombinieren. Eine einmalige »Stabilisierungsoperation« (Kornai) kann von einem schlep-

penden Privatisierungsprozeß begleitet werden, bei nur teilweiser Marktherausbildung im Staatlichen Sektor. Der Marković-Plan in Jugoslawien sah, obwohl er auf eine radikale Gesundungskur abstellte, ursprünglich nicht einmal eine wesentliche Arbeits- und Kapitalmarktkorrektur des Selbstverwaltungssystems vor, geschweige denn die Umwandlung des Kollektiveigentums in Privateigentum. Das gleichfalls durch Jeffrey Sachs inspirierte Balcerowicz-Programm in Polen – mit Vorliebe als Musterbeispiel für eine Schocktherapie zitiert – geht auch behutsam mit den Monopolen um und wagt sich nur langsam an die Privatisierung heran. Das mit dem Namen Václav Klaus verbundene Drehbuch des wirtschaftlichen Übergangs in der Tschechoslowakei brauchte – da das Land in einer besseren Lage ist – keine größeren Stabilisierungsmaßnahmen an den Anfang zu stellen, bereitet aber dessen ungeachtet den Privatisierungsschock (wenn man die Vermögensaufteilung überhaupt als Schock charakterisieren kann; dasselbe Bedenken gilt für Polen) mit einer bedacht geführten Deregulierung, einer »negativen Reform« vor. Mit einer umfassenden Schocktherapie muß beim »Übergang per Zusammenschluß« noch am ehesten die DDR-Wirtschaft rechnen; hierbei handelt es sich jedoch um Schläge, die auf eine gepolsterte Oberfläche hageln...⁶

Die Kombination eines Schocks mit einer Folge von Einzelschritten wirft Dutzende von neuen Harmonisierungsproblemen auf: Die durch einen an sich erfolgreichen Stabilisierungsschock ausgelösten politischen Spannungswellen können das mit diesem Schock kombinierte graduelle Privatisierungsprogramm gefährden. (Ein Beispiel ist die Forderung nach Arbeiterräten und Arbeitnehmeraktien als Präventivmaßnahmen gegen Entlassungen.) Die Stabilisierung kann durch eine schockartige Herausbildung von Märkten leicht Schaden nehmen, wenn dies mit einem Wachstumsrückgang verbunden ist. Ein Privatisierungsprogramm, das vornehmlich der ehemaligen Elite dient, kann ein Schock sein, der den Rest der Gesellschaft dermaßen frustriert, daß ihr für eine gute Zeit auch die Lust an der Liberalisierung vergeht. Und umgekehrt, wenn die rechtsstaatlichen Garantien des wirtschaftlichen Wettbewerbs nur allmählich geschaffen werden, läßt sich die Transformation kaum mit einem Marktschock einleiten.

*

Dilemmas über Dilemmas, ein Teufelskreis nach dem anderen.⁷ Offensichtlich ist der osteuropäische Ökonom auch als Transformer in keiner viel glücklicheren Lage als in seiner Reformzeit. Die politischen Tabus der Wirtschaft sowjetischen Typs behindern seine Phantasie nicht länger; doch der dadurch gewonnene Spielraum kann durch das schiere Übermaß der angestauten Transformationsaufgaben sehr schnell wieder verstellt werden. Die zynische Redewendung des routinierten Reformers, wonach »kleine Sprünge Seitensprünge ersparen«, wird sich der Transformer kaum mehr zu eigen machen können. Er weiß, daß der Einsatz enorm ist: Beim Großen Experiment können verhängnisvolle Fehler unterlaufen. Obwohl er nichts Besseres tun kann, als einander zum Teil beeinträchtigende Maßnahmen anzuregen, muß er dennoch versuchen, zu messen und abzuwägen – so schwer oder logisch geradezu unmöglich dies auch scheinen mag.⁸

Die wissenschaftlichen Kenntnisse des Transformers, mit deren Hilfe er die Vor- und Nachteile abwägt, gehen auf *drei Quellen* zurück:

1) auf die eher empirisch-praktischen als abstrakt-theoretischen Kenntnisse von den Wirtschaften sowjetischen Typs (zweifelloso die Hauptquelle);

2) auf im einzelnen kaum erschlossene Analogien aus der Wirtschaftsge-
schichte der Nachkriegszeit;

3) auf die in der östlichen Fachliteratur gängige, ziemlich oberflächliche Typo-
logie der westlichen Gemischtwirtschaften.

Der osteuropäische Ökonom unterliegt leicht der Versuchung zu glauben, daß diese drei Quellen in eine Gesamtkonzeption zusammenfließen. Dieser zufolge hätte auf der ersten Seite des wirtschaftlichen Übergangsszenarios die »Befehls-
wirtschaft«, auf der letzten Seite hingegen die »soziale Marktwirtschaft« zu ste-
hen. Die folgenden Überlegungen wollen versuchen, die Ursachen und Motive zu
rekonstruieren, die diesem Übergangsprogramm zugrundeliegen. Erstens ist es der
Reformökonomie nicht gelungen, die ursprüngliche, den Totalitarismus-Theorien
verpflichtete Darstellung der Wirtschaft sowjetischen Typs endgültig zu überwin-
den – sie leidet unter einer Paradigmenkonfusion; zweitens spielt unter den
Transformationsmustern die Erfolgsgeschichte des deutschen Wirtschaftswunders
eine beispielhafte Rolle und drittens fühlt sich die ökonomische Denkweise des
Transformers stark dem Sozialliberalismus verbunden und hegt Vorbehalte
gegenüber neoliberalen Lösungen.

Paradigmenkonfusion im Vergangenheitsbild

Der Transformer sucht im wesentlichen Antwort auf drei Fragen: woher, wie,
wohin? Nicht wenige meinen, auf die erste und dritte Frage läge die Antwort auf
der Hand. Der Übergang, sagen sie, sei ein grundsätzlich *technisch-pragmatisches*
Problem: Bei gegebenem Ziel sei die Art und Weise zu suchen, wie wir unter dem
kleinsten Opfer die totalitär-kollektivistische Befehlswirtschaft in eine demo-
kratisch-liberale Marktwirtschaft umoperieren können. Dabei gilt es vor allem zu
klären, welches die besten Anfangsschritte sind, in welcher Reihenfolge die wei-
teren Schritte durchzuführen sind und wie schnell der Wandel vonstatten gehen
soll, damit wir uns nicht im Dschungel der Dilemmas verlieren.⁹

So weit so gut, nur benötigen wir bereits für die richtige Bestimmung der
Anfangsschritte der Transformation relativ exakte Begriffe über die Natur des
ancien régime und seine Erbmasse. Und wenn schon die Bestimmung des Alten
ganz unterschiedliche Bilder hervorbringt, wie soll man diese mit dem Neuen
verbinden, wenn es sich in so unüberblickbarer Vielfalt präsentiert? Nicht genug
damit, gabeln sich die Wege, die zu den verschiedenen Spielarten post-
sozialistischer Wirtschaft führen, häufig bereits am Ausgangspunkt des Über-
gangs. Und schließlich: Der Abbau der Wirtschaft sowjetischen Typs ist noch
nicht gleichbedeutend mit Aufbau; die Transformation kann im luftleeren Raum
zwischen beiden landen und dort hängenbleiben.

Wir könnten freilich leichten Herzens von der Untersuchung des »Woher«
Abstand nehmen, verfügten wir über umfassende deskriptiv-erklärende Theorien

zu den Ausgangszuständen des wirtschaftlichen Übergangs. Das »Übergangs-Engineering« hat jedoch eine größere Anziehungskraft als das nachträgliche Füllen theoretischer Lücken. Nach so vielen Ersatzhandlungen fällt es den meisten ehemaligen Reformökonomen offensichtlich schwer, den Herausforderungen einer Ausarbeitung des Großen Programms (»master plan«) und Durchführung des Großen Experiments zu widerstehen. Insbesondere dann, wenn in Osteuropa Hunderte von neuen Parteimanifesten und die explodierende Tagespublizistik die Behandlung der »letzten« Fragen des Übergangs für sich beschlagnahmen, dabei ständig die »schuldbeladene Vergangenheit«, die »nationale Schicksalstragödie« und den »asiatischen Despotismus« erwähnen sowie von der »glücklichen Zukunft«, der »Revolution« und von einem in Großbuchstaben geschriebenen EUROPA schwärmen.

Der an Fachfragen interessierte Ökonom verachtet solche Phrasen. Gleichzeitig jedoch hinterlassen sie unbemerkt Spuren in den Prämissen seines Denkens: Sie verstärken im nachhinein die totalitaristische Darstellung der Wirtschaft sowjetischen Typs.¹⁰

Die Dämonisierung der Vorgeschichte

Das Problem beginnt eigenartigerweise damit, daß sich die Wirtschaften sowjetischen Typs, die bislang bestenfalls reformierbar schienen, jetzt auf einmal friedlich transformieren lassen, zumindest in einer ganzen Reihe osteuropäischer Länder. Die früher als das Haupthindernis für Wirtschaftsreformen geltende Nomenklatura bietet anstatt des erwarteten leidenschaftlichen Widerstandes eher politischen Ausgleich an, ist eifrig um »Selbstprivatisierung« bemüht, nimmt gewissermaßen an der »Revolution« teil. Die alte Elite griff zuletzt allenfalls zögernd auf ihren Gewaltapparat zurück und sieht jetzt ihre größte Sorge darin, wie sie aus ihrer politische Macht im wahrsten Sinne des Wortes Kapital schlagen kann.

Der Reformökonom starrt betroffen in den Spiegel: »Vor denen habe ich gezittert, mit denen habe ich um 'Plan und Markt' gefeilscht, die habe ich jahrzehntelang als ewige politische Gegebenheit betrachtet? Um ihrer Willen habe ich auch dann noch von sozialistischer Marktwirtschaft geredet, als es mir schon längst um soziale Marktwirtschaft ging?« Vor dem Gespenst des überflüssigen Kompromisses hat der Reformierbare nur eine Möglichkeit zu fliehen, und zwar mit Hilfe einer gewissen Dämonisierung der Vergangenheit. Um sich zu rechtfertigen, vergrößert er nachträglich sein Feindbild; dabei folgt er den Mustern der kognitiven Dissonanz. Demnach war der »Kaiser« nur in der allerletzten kurzen Phase seiner despotischen Herrschaft nackt: vorher war seine Stärke so ungebrochen gewesen, daß man ihn nicht stürzen konnte – man mußte also mit ihm verhandeln.

So entsteht ein Vergangenheitsbild, das leicht ein Übergangsprogramm gebiert, welches in vieler Hinsicht noch vom einstigen Totalitarismus-Paradigma geprägt ist: die Transformation wird aus dem Bankrott einer vordem voll funktionsfähigen totalitären Ordnung abgeleitet, statt sie mit der »Erschöpfung« eines längst schon nicht mehr (wenn überhaupt jemals) totalitären – freilich auch nicht liberalen oder demokratischen – Systems zu erklären, in dessen Arsenal zwar die

Techniken und Institutionen der Totalherrschaft noch lagern, die aber selbst im Notstand nicht mehr eingesetzt werden können.

Die Erschöpfungs-Hypothese könnte dem ehemaligen Reformökonom anstandslos der ersten Schritte des friedlichen Übergangs sogar einleuchten – wäre da nicht der spektakuläre politische Tod des alten Systems. Lawinenartige Massendemonstrationen, sich »verflüchtigende« kommunistische Parteien, auseinandergejagte Polizeiapparate, abgezogene sowjetische Truppen, erste freie Wahlen etc. – all das weist auf eine politische Zäsur hin. Wenn wir also nach den vielen Halbformen nun »Revolutionen« haben, so muß es wohl auch ein System »finsterner Mächte« gegeben haben. Es vermag somit nicht zu überraschen, wenn die neuen Eliten eifrig bemüht sind, nachträglich Partisanenlieder einzustudieren ...

Und was da derzeit an Schlamm aus den Kloaken der Nachkriegsgeschichte Osteuropas an die Oberfläche quillt, scheint dem reuigen Reformen Recht zu geben: Bis ins Detail geplante Massenmorde, verheimlichte radioaktive Verseuchungen, versteckte Terroristen, hintergangene Verbündete, prassende Diktatoren, Gift, Dolch und Folter, Hofintrigen wie im finstersten Mittelalter. Natürlich hat der Reformen vieles von dem gewußt, was jetzt so geballt und für alle Ewigkeit unwiderlegbar über ihn hereinbricht. Es läßt ihm eine schwere moralische Last auf. »Diesen Frevlern ging ich als Höfling zur Hand?«, fragt er sich jetzt voller Schuldbewußtsein, und im erlösenden Lichte des *mea culpa* verschwimmen die totalitären und nicht-totalitären Aspekte der jüngeren osteuropäischen Geschichte ineinander.

In ihr Spiegelbild versunken könnten sich die Reformen – ohne damit die Schrecken der Vergangenheit zu relativieren – aber auch folgendes fragen: »Haben wir denn nicht bemerkt, daß in Osteuropa nicht nur der ›Gesellschaftsvertrag‹ zwischen der Macht und dem Volk, sondern im Zusammenhang damit auch die Vertragsordnung *innerhalb* der Macht erschüttert wurden? Haben die Säuberungsaktionen nach '56, '68 und '81 uns denn nicht mehr gelehrt, als das restaurative Wesen der jetzt abgetretenen Elite zu sehen? Wie können wir die deutlichen Anzeichen der Kommerzialisierung, Korrumpierung und Profanisierung des Machtapparates sowie die damit einhergehende Verunsicherung der Nomenklatura und die Abschwächung ihres inneren Zusammenhaltes übersehen? Oder die vielfältige innere Gliederung der Elite, ihre wechselnden Koalitionen und die wiederkehrenden Zwistigkeiten ihrer Gruppen? Oder, daß sie sich selbst im wildesten Normalisierungsrausch ab und zu dem Zwang der Realpolitik beugen mußte? Gerade wir, die Reformökonom, sollten nicht wenigstens jetzt die Reformen-Lobbies innerhalb der Nomenklatura zur Kenntnis nehmen, oder die Tatsache, daß der ›Kaiser‹ in erster Linie in Wirtschaftsfragen mit ›aufgeklärtem Absolutismus‹ zu entscheiden wußte?

Haben denn nicht wir von der Konsumkorruption der Staatsbürger in der Vergangenheit und vom möglichen ›Aufkaufen‹ der Nomenklatura in der Zukunft gesprochen? Waren nicht wir es, die Begriffe wie ›sozialistische Verbürgerlichung‹, ›versteckte Privatisierung‹, ›zweite Wirtschaft‹, ›Feilsch-Gesellschaft‹ oder ›administrativer Markt‹ eingeführt haben? Und was die politischen Einrichtungen betrifft, haben da nicht etwa wir von einem Mehrparteiensystem innerhalb der

einen Partei geschrieben; von oligarchischen Mustern, roten Baronen, Kronprinzen, Patronen und Klienten; von Trennlinien zwischen Partei, Staat und Gewerkschaft, Zentrale und Region; von der soziologischen Heterogenität der Elite, von den Berührungen zwischen Nomenklatura und Volk oder – zusammenfassend – von den epochalen Kompromissen der Regime Chruschtschows, Kádárs oder Titos?»

Nicht mehr und noch nicht...

Fragestellungen dieser Art könnten der Wirtschaftslehre des Post-Sozialismus ambitiöse und utopische Übergangsmodelle ersparen, die davon ausgehen, daß man der Vergangenheit einfach durch Austreibung des Totalitarismus entkommen könnte.

Bekanntlich zeigte sich die Nomenklatura auch in der Vergangenheit mehr als einmal geneigt, die Wirtschaft sowjetischen Typs – innerhalb bestimmter Grenzen – zu liberalisieren. Worin liegt nun die Garantie dafür, daß mit der Exzision des harten Kerns der Nomenklatura auch diese Grenzen automatisch ausdehnbar sind? *Ziehen wir vom Parteistaat die Staatspartei ab, so ergibt diese Rechenoperation noch nicht Null.* Selbst dann nicht, wenn es gelingt, den Staatsapparat rechtsstaatlichen Kriterien zu unterwerfen.

Von den alten Hindernissen für eine wirtschaftliche Liberalisierung bleibt höchstwahrscheinlich eine ganze Reihe auch im Post-Sozialismus bestehen, und es ist nicht sicher, ob es sich dabei um die kleineren handelt. Das Götzenbild des »kontrollierten (regulierten) Marktes« bleibt auch nach Verschwinden der Staatspartei nicht völlig unbewacht, und zwar so lange, wie nicht der Löwenanteil des Staatseigentums privatisiert ist (und, wie aus der Geschichte des Wohlfahrtsstaates ersichtlich, auch danach nicht immer). Der frühere organisatorische und ideologische Klebstoff der Branchenlobbies, Betriebsmonstren, Gewerkschaften, regionalen Verwaltungsorgane, nämlich die Partei sowjetischen Typs, hat zwar an Kraft eingebüßt, aber wer hätte nicht schon von Verfilzungen zwischen Parteien nicht-sowjetischen Typs und dem Staat, von der Paralisierung der parlamentarischen Kontrolle des Staatsapparates (sagen wir, im Rahmen einer Koalition von Großparteien) oder von einem starken korporativen Druck gehört?

Es wäre verwunderlich, wenn die Mitglieder des Staatsapparates (vom Minister bis zum Abteilungsleiter im Betrieb) oder der Gewerkschaft (vom Vorsitzenden des Landesverbandes bis zum betrieblichen Vertrauensmann) verummmt die Flucht ergriffen, wie sich das für die gestürzten Vertreter einer Totalherrschaft gehört, und sich keinen neuen politischen Klebstoff suchten. Wenn es darum geht, über die tatsächliche Auflösung des staatlichen Eigentums zu entscheiden, werden eventuell vor unseren Augen – oder hinter unserem Rücken – alt-neue Bündnisse geschlossen.

Mit dem Zerfall der Staatspartei können sich paradoxerweise sogar die Chancen der antiliberalen Lobbies verbessern, denn die einstigen kommunistischen Parteien hegten und pflegten sie nicht nur, sondern verstanden es auch, sie im Zaume zu halten, bzw. unter Ausschaltung des Volkswillens zu verhindern, daß diese Gruppen Unterstützung von unten bekamen. Wie wir wissen, ermächtigt

die Demokratie jedoch auch zum *Überstimmen des Marktes*: die Liberalisierung hat nicht nur eine Diktatur-, sondern auch eine Demokratiegrenze. In diesem Sinne müssen die halbliberalen Wirtschaften der Herrscher des »aufgeklärten Sozialismus« nicht zwangsläufig hinter der eines post-sozialistischen Parlaments zurückstehen, das die *pressure groups* nicht zu zügeln vermag und von populistisch-korporativen Parteien gesteuert wird, die auf die instinktive Marktfeindlichkeit bestimmter gesellschaftlicher Schichten bauen.

Wenn sich die sogenannte totalitäre Unterdrückung im alten Regime gegen die liberalen Kräfte richtete, so erfolgte dies nicht unbedingt aus einer selbstherrlichen Laune heraus, sondern zur Herstellung eines realpolitischen Gleichgewichts zwischen oligarchisch aufgebauten Wirtschaftsorganisationen und nicht-parlamentarischen politischen Institutionen. Wenn also der Transformer, anstatt sich der theoretischen Erklärung dieser *nicht-totalitären* Integrationsverfahren zu widmen, sogleich auf die Gestaltung der Zukunft stürzt, übersieht er, daß der Übergang in vielen Ländern Osteuropas in bestimmter Hinsicht seit langem seinen Anfang genommen hat. Die Existenz des sowjetischen Systems wurde eben durch nicht-totalitäre Techniken, Institutionen und Verhaltensweisen verlängert, und zwar schon seit der Einführung der NEP im Jahre 1921.¹¹

Und mögen diese aus liberaler Sicht auch noch so gekünstelt erscheinen, in den meisten Ländern geht es gezwungenermaßen darum, gerade sie, die Halbmärkte, Schattenwirtschaften und sozialistischen »Bürger«, im Verlauf des Übergangs mühsam in »wirkliche« Märkte, Wirtschaften und Bürger zu verwandeln und nicht etwa eine totalitäre Elite einfach auszuschalten und dem Körper der Wirtschaft einen neuen Kopf aufzusetzen.

Infolgedessen ist es vielleicht ein Irrtum anzunehmen, das Haupthindernis des Übergangs sei das von vielen prophezeite »Marktvakuum«, mit anderen Worten, der informelle Fortbestand totalitär-planwirtschaftlicher Verhaltensweisen, wie sie der innovationsunfähige, verschwenderische Manager, der an Gleichmacherei gewöhnte Arbeiter, der statt auf Verkauf auf Beschaffen trainierte Angestellte zeigen. Zwar wurden die entsprechenden offiziellen Institutionen abgebaut, die neuen marktwirtschaftlichen Strukturen funktionieren jedoch noch nicht. Möglich, daß in manchen Ländern dieses »Nicht mehr – noch nicht« – Vakuum den Übergang ins Stocken bringen wird. In den Wirtschaften, die Reformen erlebt haben, scheinen jedoch derzeit nicht nur der Mangel an Markt und Unternehmertegeist die Hauptsorge und die Auffüllung des leeren Raumes die Hauptaufgabe zu sein, sondern – mindestens im gleichen Maße – die Umwandlung der quasi-liberalen Institutionen der Reformen zu »echten«. Manche meine allerdings, daß es leichter wäre, bei Null anzufangen ...

*

Kommen wir auf das Beispiel der drei Aufgaben: Privatisierung, Marktherausbildung und Stabilisierung zurück, und untersuchen wir die Übergangsprogramme *zweier fiktiver Transformer*, von denen der eine in totalitaristischen, der andere in nicht-totalitaristischen Begriffen denkt.

Eine österreichische Lösung?

Wie die polnischen und ungarischen Ereignisse in den letzten zwei Jahren gezeigt haben, dienen die Unternehmens-, Branchen- und Regionalmonopole, sofern sie nicht schon vor der Privatisierung zerschlagen (d.h. die oligarchischen Netze zerrissen) wurden, als Unterschlupf für die alte Elite, die sich gegebenenfalls auch an die Spitze der Privatisierung setzen kann. Derjenige Transformer, der die Nomenklatura als einen Verein von an Fäden hängenden holzköpfigen Parteisekretären und blutrünstigen Polizisten sieht, konzentriert sich nur auf die Spitze der Hierarchie und vergißt leicht, in das Privatisierungsverfahren Entmonopolisierungsmechanismen einzubauen, denn er sagt sich: Ist das politische Rückgrat der ehemaligen Elite erst einmal gebrochen, so erledigt der Marktwettbewerb den Rest ganz schnell.

Später jedoch, wenn er auf die Erscheinung des »politischen Kapitalismus«¹² aufmerksam wird und bemerkt, wie schnell sich wieder oligarchische Seilschaften auf dem Markt des Post-Sozialismus restaurieren, kann es passieren, daß er administrative Säuberungen und die »*Verstaatlichung der Entstaatlichung*« fordert. Dabei läßt er sich nur wenig davon beeindrucken, wie sehr diese Maßnahmen das Anlagekapital verschrecken. Die Drosselung des Privatisierungsprozesses sowie die Professionalisierung und Disziplinierung des – für inkompetent und faul gehaltenen – Staatsapparates können sich logisch an die obigen Forderungen anschließen.

Hier bedarf es dann im Prinzip nur noch »guter« Parteien, die – anders als ihr einstiger Vorläufer – darauf achten, daß die »*civil servants*« nicht statt des Gemeinwohls eigene oder Gruppeninteressen im Auge haben. Oder, und das scheint auf osteuropäischem Boden das Wahrscheinlichere, es verläuft gerade umgekehrt: Diese Parteien beginnen, die von der Privatisierung relativ verschonte staatliche Wirtschaft unter sich aufzuteilen (ein Beispiel bietet die sog. »Partei-buchwirtschaft« in Österreich).

Kaum überrascht (oder entsetzt) über den Erfolg der »spontanen Privatisierung« wird jedoch der Transformer sein, der den Parteistaatsbürokraten nicht einfach als ein Erziehungsobjekt betrachtet, sondern in ihm einen über einen gewissen Sachverstand verfügenden, in der Durchführung von Reformen geübten, in der halb-monetarisierten Welt des Staatssektors zu Schwarz- oder Graugeschäften fähigen – und wenn es darauf ankommt, keine Spur faulen – »Mafioso« sieht. Er wird nicht nur im ehemaligen stellv. Minister, Betriebsdirektor und LPG-Vorsitzenden den Geschäftsmann entdecken, sondern eventuell sogar im Parteisekretär oder Geheimpolizisten das Organisationstalent erkennen.

Er prophezeit ihre zügige Verbürgerlichung, die geschickte Kapitalisierung ihres Vermögens, Fachwissens und Systems von Verbindungen, und wenn er sie persönlich auch nicht umschwärmt, wird er doch an der Schaffung solcher Institutionen mitwirken, in denen eben dieser unternehmerische Zug der alten Elite, und nicht ihr bürokratischer, monopolistischer zum Tragen kommt. Dieser Transformer bremsst die Privatisierung also nicht (etwa in der Art: »wer Unternehmer ist, bestimme ich«), sondern versucht, parallel zu dezentralisieren und die Marktherausbildung zu fördern. Er erleichtert den Markteintritt und trägt damit zur

Erhöhung der Zahl der Wettbewerbsteilnehmer bei, er entflieht die zusammengebastelten Großbetriebe, spielt die »Mafias« gegeneinander aus etc. – mit einem Wort, er gibt den Mitgliedern der einstigen Elite die Chance zu zeigen, ob sie sich auf dem echten Markt ebenso gut behaupten wie noch vor kurzem auf dem geplanten Markt, wo das Feilschen zwischen staatlichen Instanzen die Konkurrenz ersetzte.

So werden zwar die Handlanger und Nutznießer des alten Regimes nicht zur Rechenschaft gezogen, aber gleichzeitig wird der Bildung neuer staatsparteilicher Monopole ein Riegel vorgeschoben. Und nicht zuletzt bleibt eine gute Portion – nur schwer ersetzbaren – unternehmerischen Fachwissens erhalten.

Man sieht, wie zwei Interpretationen der Vergangenheit zwei ganz verschiedene Übergangsprogramme zur Lösung der politischen Dilemmas der Privatisierung nach sich ziehen können.¹³

Der »Missionar«, der Markt und das Gleichgewicht

Wer die Wirtschaft sowjetischen Typs als ein überwiegend zentralistisch-naturalwirtschaftliches System beschreibt, in dem wir durchweg Wirtschaftsakteuren begegnen, die unfähig zu Eigeninitiative sind und die jetzt von *aus dem Nichts* gestampften marktwirtschaftlichen Institutionen zu Unternehmern erzogen werden sollen, der wird auch die Marktherausbildung anders angehen als sein Kollege. Dieser beobachtet in der Welt des Spätsozialismus deformierte Wirtschaftsakteure, letztlich aber doch Marktakteure, die ihre Transaktionen auch über Geld vermitteln, einander oft gleichgestellt sind und über ihre multilateralen Abhängigkeitsverhältnisse informellen Druck auf die höchsten Ebenen auszuüben vermögen etc. – mit einem Wort Akteure, die statt stets nur Befehle auszuführen, innerhalb der Staatswirtschaft oder an deren Grenze Quasi-Unternehmungen gründen.

Unser erster Transformer kann die überraschende Erfahrung machen, daß sich die von ihm geschaffenen Marktinstitutionen nicht organisch in die Wirtschaft der Übergangsphase einfügen. Er konstatiert, daß der Parteistaat zwar passé ist, Arbeit, Kapital und Information jedoch noch immer hauptsächlich über »unkontrollierte« Kanäle (also weder über Planauflagen noch über Marktverträge) zwischen dem ehemals »sozialistischen« Sektor und der Schattenwirtschaft fließen. Die Deregulierung kann dies noch verstärken und damit die ganze Aktion der Marktherausbildung in Mißkredit bringen. Sein Kollege ahnt hingegen, daß sich die Einflußsphäre der informellen Wirtschaft ohne die Privatisierung der Staatsbetriebe wohl kaum begrenzen läßt. Die Disziplinierung der Staatswirtschaft von innen bzw. die Stärkung ihres Außenmarktumfeldes reichen nicht aus, das Versickern staatlichen Einkommens, den Abschluß von Kartellabkommen, Korruption etc. zu verhindern. Im Gegenteil sind die mehr oder weniger informellen Unternehmungen wegen ihrer Startüberlegenheit sogar in der Lage, die neuen, reinen Privatinitiativen auf dem Markt zu ersticken.

So wird unser zweiter Transformer am Anfang nicht so sehr die Bekehrung der auf »Schräubchen in der totalen Maschinerie« reduzierten Menschen betreiben, als vielmehr die Auflösung der staatlichen Monopole und schnellstmögliche Privatisierung. Und zwar, indem er den Schritt zum Privateigentum so weit wie nur

möglich auch für die »Mafias« reizvoll gestaltet, sie aus der »schwarzen« Staatswirtschaft in die »weiße« Privatwirtschaft lockt. Im Gegensatz zum Missionar, der Menschen bekehren will, die schon längst insgeheim abtrünnig sind, verkündet er, daß es sich lohnt, sich offen und innerhalb des gesetzlichen Rahmens zum eigenen Glauben zu bekennen.

Auch die Stabilisierungsdilemmas versucht der die Vergangenheit dämonisierende Ökonom anders zu lösen als sein Gefährte, der die alte Ordnung nicht einfach als ein von der Staatspartei beherrschtes, befehlswirtschaftliches Phalanstère versteht. So vertraut der in Begriffen des Totalitarismus denkende Transformer darauf, daß sich mit der Austreibung des »Teufels« Partei aus dem Staat dieser viel marktgerechter, zumindest jedoch fachkompetenter verhalten werde. Er kann also geneigt sein, alles zu versuchen, damit die Staatswirtschaft so schnell wie möglich wieder auf die Beine kommt, während er andererseits bereit ist, den Privatisierungsprozeß zu bremsen und über Jahrzehnte auszudehnen.¹⁴

Für seinen Kollegen hingegen wird die Sanierung der Staatswirtschaft keine so große Sorge sein. Er wird eher befürchten, daß eine erfolgreiche Stabilisierung die oligarchische Ordnung des staatlichen Sektors weiter festigen könnte, da sich die überlebenden Lobbies wahrscheinlich um den Preis von Sondervergünstigungen darauf einlassen, bei der Krisenbewältigung mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Die Praxis der administrativen Abmachungen zu Preisen, Steuern und Importgenehmigungen sowie die geschützten Halbmärkte können somit auch ohne Staatspartei innerhalb der Staatswirtschaft fortbestehen. Vorübergehend können sie zum Krisenmanagement beitragen, langfristig werden sie jedoch die strukturelle Modernisierung und die Ausformung der Feinstrukturen der Marktwirtschaft beeinträchtigen und damit neue Gleichgewichtsstörungen vorprogrammieren. Aus diesem Grunde wird unser zweiter Transformer auch hier als schnelle Anfangsmaßnahmen eine mit Entmonopolisierung gekoppelte Privatisierung empfehlen.

Soziale Marktwirtschaft: Analogie und Zukunftsbild

Ich habe weiter oben vom Umhertappen im Dunkeln gesprochen. Nun, der osteuropäische Transformer irrt nicht nur durch das Dickicht der Harmonie-Dilemmas des Übergangs und der Vergangenheitsbilder. Er wird sich auch nicht leicht tun, wenn er nach historischen Analogien Ausschau hält, die das Zukunftsbild der Transformation bestimmen. Um so bemerkenswerter ist es, daß die ehemaligen Reformer auf die Frage des »wohin« einigermaßen selbstsichere Antworten geben.¹⁵

Solange ein Ausgleich mit der kommunistischen Elite in Osteuropa noch zu den kühnsten Träumen zählte, erfreuten sich die Modelle der *Finnlandisierung* und der *Austrianisierung* bei den Ökonomen größter Beliebtheit. Demnach entstünden im Post-Sozialismus bei wohlwollender Neutralität der Sowjetunion eher soziale (staatliche, korporative) denn liberale gemischtwirtschaftliche Systeme, wobei man auf die – käufliche – Zustimmung der einheimischen Nomenklatura hoffte.¹⁶ Zu diesem Szenario gesellte sich in Jugoslawien, Polen und Ungarn, wo

eine »aufgeklärt absolutistische« Reformpolitik auf eine jahrzehntelange Tradition zurückblicken konnte, eine gewisse Sympathie für den durch die konstitutionelle Monarchie geschützten spanischen Weg des politischen Wandels.

In dem Maße, wie die politischen Schranken zu einem radikalen Systemwechsel fielen, verblaßte in den Transformationsprogrammen das Moment des Ausgleichs; das Endziel veränderte sich jedoch so gut wie nicht. Ungeachtet dessen, daß die Idee der Reprivatisierung während des letzten Jahrzehnts in Frankreich, England und den USA (bis zu einem gewissen Grade selbst im Musterland Österreich) regierungspolitischen Rang erhielt, benutzt der überwiegende Teil der post-sozialistischen Übergangsprogramme das Instrumentarium der neoliberalen Wende eher in einem nur technischen Sinne (»laßt uns mal sehen, wie die Privatisierung zu organisieren ist«). Lieber werfen die ursprünglich am finnischen, österreichischen oder schwedischen Beispiel orientierten Programmschreiber in der letzten Zeit Seitenblicke auf das deutsche Modell der »sozialen Marktwirtschaft«.

Verständlicherweise wählen sich die Transformer, auch wenn ihre Programme von düsteren Prophezeiungen einer »Libanisierung«, »Balkanisierung« oder »Mexikanisierung« überschattet sind, als Idealbild solche Übergänge, die in möglichst vielen Hinsichten erfolgreich (gewesen) sind. Erklärungsbedürftig ist allerdings, weshalb die »Süd-Analogien«, also der Bezug auf Übergänge in Südeuropa, Südamerika oder Südostasien, außerhalb des Gesichtskreises der meisten osteuropäischen Ökonomen zu liegen scheinen (die einzige Ausnahme ist Spanien). Das mag daran liegen, daß die Übergänge in Argentinien, Chile, der Türkei oder in Griechenland mindestens ebensoviele Fehlschläge wie Erfolge aufzuweisen hatten. Das Beispiel der »kleinen asiatischen Tiger« widerum mag, obwohl sie einen Wirtschaftserfolg nach dem anderen erzielen, für Europa allzu exotisch anmuten. Nicht zuletzt ging der Übergang im »Süden« niemals von einem Zustand vollkommener Verstaatlichung aus; er bewegte sich in erster Linie in der Dimension Diktatur – Demokratie und nicht Staatswirtschaft – Marktwirtschaft; darüber hinaus hatte sich die moderne Marktwirtschaft in Südostasien vielerorts unter der Vormundschaft der politischen Diktatur entfaltet. All dies sind Argumente gegen ein blindes Nacheifern.

Nicht jedoch dagegen, daß Osteuropa aus diesen Beispielen lernen sollte.¹⁷ Zumindest so viel, daß die Hypothese, die parallelen Aufgaben der Transformation würden sich gegenseitig stützen, nicht allzu gut belegt ist. Natürlich müssen wir erst einmal unseren angeborenen Snobismus überwinden. Die neuen politischen Bewegungen Osteuropas fühlten sich historisch immer Westeuropa zugehörig und scheinen wenig geneigt, sich Lösungen wie »Auf nach Portugal« oder gar »Unsere Zukunft heißt Singapur« zu eigen zu machen – ausgerechnet heute, am Vorabend von 1992.

Während die Aufforderung »Lernen wir von der Türkei!« die meisten Transformer offensichtlich in ihrer Würde verletzen würde, reizt das Modell des Übergangs von der deutschen nationalsozialistischen Kriegswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft die Ökonomen Osteuropas – unabhängig davon, ob sie sozialistisch, national-radikal oder quasi-liberal eingestellt sind.

Das bis heute kein Ende nehmende deutsche Wirtschaftswunder spricht für

sich. Wer wünschte nicht Ähnliches für sein Land? Darüber hinaus verstärken die historisch-kulturelle Nähe und die verwandten mitteleuropäischen Traditionen die Analogie. Auch der Umstand, daß es aus der Sicht der sozialistischen Marktwirtschaft kaum einen Unterschied macht, ob soziale, freie oder christliche Demokraten soziale Marktwirtschaft praktizieren, erhöht die Anziehungskraft des Modells noch mehr. Und schließlich hat das deutsche Experiment bereits Schule gemacht von Norwegen über Österreich bis nach Griechenland. Diese Faktoren genügen, das japanische und italienische Wunder oder das »französische Modell«, die ja ebensowenig auf dem Prinzip des »minimalen Staates« beruhen, in den Schatten zu stellen.

Berücksichtigen wir ferner, daß die Protagonisten des Adenauer-Erhard-Experiments in Dilemmas verstrickt waren, die den osteuropäischen auf den ersten Blick gespenstisch gleichen, und daß es ihnen gelungen ist, in kurzer Zeit aus diesem Dickicht herauszukommen, so kann uns nicht verwundern, daß der deutsche Weg nicht nur die DDR-Ökonomen anzieht. Strenge Stabilisierung des Finanzwesens, Überführung der staatlichen Kriegswirtschaft in marktgesteuerte Friedenswirtschaft, Reprivatisierung – daneben Entnazifizierung, Neuschaffung der parlamentarischen Demokratie und der föderativen Staatsstruktur und dazu noch eine nahezu zeitgleiche Konsolidierung der Wohlfahrtseinrichtungen. Letztendlich wurde im Nachkriegsdeutschland jede einzelne Transformationsaufgabe erfüllt, ohne daß zwischendurch zu extremen Lösungen gegriffen werden mußte. Eine starke Regierung führte diesen Stabilisierungsprozeß, ohne dabei zu autoritär-staatlichen Strukturen zurückzukehren; der Markt befreite sich aus seinen Fesseln, wurde jedoch sogleich von einem dichten sozialen Netz umwoben; zur Dominanz des Privateigentums gesellte sich eine entschlossene staatliche Lenkung...

Den nach optimistischen Prognosen dürstenden osteuropäischen Transformern der neunziger Jahre hat das deutsche Wunder also folgendes zu verkünden: *Es gibt einen staatlich gelenkten »Weg aus der Knechtschaft«*. Demokratische Ordnung, wirtschaftliche Prosperität und sozialer Wohlstand schließen einander nicht aus.

Paradoxerweise spricht selbst das Fehlen von günstigen äußeren Bedingungen, wie sie beim Wirtschaftswunder gegeben waren, für die Orientierung am deutschen Modell: »Marshall-Plan, Schuldenerlaß, Gemeinsamer Markt, Nachkriegskonjunktur – ein Grund mehr, daß die westlichen Großmächte auch uns belohnen und in ihre Reihen aufnehmen«, sagen sich die osteuropäischen Ökonomen, »befreien doch auch wir die Welt von einer Art Faschismus, nur nennt man ihn Stalinismus«. Und schon haben wir ihn wieder, den Teufel der Vergangenheit, hier in Gestalt einer bequemen Analogie, die einem das Nachdenken darüber erspart, ob die nazistische Kriegswirtschaft nicht in vieler Hinsicht weniger bzw. anders verstaatlicht war als ein durchschnittliches System sowjetischen Typs (Staatseigentum ist nicht dasselbe wie staatliche Reglementierung des Privateigentums); ob es nicht viel leichter fällt, nach maximal einem Jahrzehnt von faschistischem Kollektivismus zu deregulieren und zu reprivatisieren als nach mindestens vierzig Jahren Realsozialismus; ob die mehrere hundert Jahre alte deutsche Unter-

nehmenskultur (und das breite Netz der kleinen und mittleren Unternehmen, die den Faschismus überlebt haben) am Erbe der Schattenwirtschaft sowjetischen Typs meßbar ist; ob beide Wirtschaftskrisen überhaupt vergleichbar sind, wo doch im einen Fall der Krieg »lediglich« zur Zerstörung eines Teils des hochentwickelten physischen und menschlichen Kapitals führte, und nicht das Wirtschaftssystem selbst seine allgemeine Rückständigkeit über Jahrzehnte hinweg konservierte, ja vergrößerte.

Angesichts dieser Zweifel können wir mit Recht behaupten, daß das deutsche Beispiel vielleicht doch nicht eine solche Karriere gemacht hätte, gäbe es da nicht eine Korrespondenz zwischen seiner Botschaft und den von den Reformern hinterlassenen halbliberalen Anschauungen und konstruktivistischen Einstellungen. Für die Transformer beweist die Festigung der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland nichts anderes, als daß die Veränderung in Richtung Privateigentum und Demokratie auch unter starker sozial-korporativer staatlicher Assistenz möglich ist (entschlüsselter formuliert: nur so möglich ist). Deshalb kann man sich mit einer eleganten Bewegung von der sozialistischen Marktwirtschaft in die soziale hinüberschwingen. Der Transformer könnte dies wie folgt formulieren: Das im Prinzip erstrebenswerte Ideal des freien Marktes, wie es der neoklassische Liberalismus vertritt, läßt sich – siehe Beispiel soziale Marktwirtschaft – nicht unmittelbar in die tägliche Praxis der Wiederherstellung des Kapitalismus umsetzen, vor allem nicht in der ersten Phase. Die Dilemmas des Übergangs werden nicht durch die abstrakten theoretischen Rezepte eines Hayek, Friedman oder Buchanan gelöst, noch dazu auf einen Schlag, sondern durch eine pragmatische staatliche Politik, die von einer »experimentierenden Vernunft« geleitet ist. Diese Politik bewegt sich auf der Basis von *trial and error* Schritt für Schritt vorwärts, mutig und umsichtig.¹⁸

Ihre Weisheit würde sich darin zeigen, daß der Staat in der Lage wäre, auch gegen das eigene Übergewicht Garantien zu schaffen und nicht aus der zu Beginn notwendigen »sichtbaren Hand« wieder eine »sichtbare Faust« werden zu lassen. Auf diese Weise würde ein immer perfekteres System entstehen, in dem die sozialen und marktwirtschaftlichen Elemente – durch Privatisierung, Mitbestimmung etc. – jeweils modifiziert werden können. Das Große Experiment des Übergangs ist somit niemals abgeschlossen...

Der Forscher findet den Käfer in seltsamer Aufregung. Er stellt fest, daß tatsächlich neue Befehle dessen Nervenbahnen durchlaufen, der Körper gehorcht ihnen jedoch nur zaudernd. Fesseln ihn vielleicht unsichtbare Fäden? Die eine Seite seines Panzers ist aufgeweicht, die andere hat sich total verhärtet; mit der Verfeinerung seiner Fühler werden die Flügel schwerer, kaum werden die Beine kräftiger, schrumpfen die Fühler. Ein Gefühl des déjà vu erfaßt unseren Forscher.

Eilends untersucht er die vom Kopf gesendeten Befehle. Sie sind ganz unterschiedlich – als stammten sie aus mehreren Zentralen. Da fällt ihm ein, daß ihm erst kürzlich sein radikaler Kollege zugeflüstert hatte, er habe den neuen Laborleiter dabei überrascht, wie er in älteren – seinerzeit als aufwieglerisch bewerteten – Aufzeichnungen von ihm herumstöberte. Die Verweise auf die angelsächsische Art der

Kopftransplantation schien er nicht zu verstehen. Seine Umgebung wußte, daß er die (west)deutsche Fachliteratur vorzog. Dort suchte er nach »menschlicheren«, den hiesigen Kulturtraditionen würdigeren Verfahren für die geplante Operation.

Der Forscher schiebt ein stärkeres Objektiv ins Mikroskop. Erst jetzt erkennt er, daß der neue Kopf des Käfers – obwohl er gewisse Ähnlichkeiten mit dem eines schon im vergangenen Jahrhundert gezüchteten Insekts aufweist und auch ein wenig an Käfer erinnert, die vor einigen Jahrzehnten in Westeuropa heimisch geworden sind –, sich dem alten Körper angepaßt hat.

In der ersten Erschütterung greift er zum Telephon. Aufgeregt ruft er seinen Prager Kollegen an, um dessen Rat einzuholen. Obwohl diesem zwanzig Jahre lang verboten worden war, die Schwelle seines Labors zu überschreiten, sitzt er heute im Direktorsessel. Gerade nimmt er die Kopftransplantation bei seinem Käfer vor. Dabei hat er schon aus dem Beispiel des gemeinsamen polnischen Freundes gelernt, der, ebenfalls zum Laborleiter avanciert, seinen Käfer erst etwas mästen und ihm mehr Bewegungsfreiheit verschaffen wollte, bevor er es mit dem Kopfaustausch versuchte. Der Prager Kollege – dessen Käfer nicht in so erbärmlichem Zustand ist wie der des Warschauers – bemüht sich, das Versuchstier zu gleicher Zeit zu stärken, die hemmenden Stränge zu durchschneiden und die Kopftransplantation durchzuführen. Am Telephon muß er jedoch eingestehen, daß auch sein Käfer keine großen Anstalten macht, sich zu bewegen.

Er ist jedoch ausgesprochen überrascht über die Budapester Neuigkeiten. Er weiß nicht, was sie zu bedeuten haben. Was ist mit den weltberühmten ungarischen Entomologen los? Vielleicht hat man in Jugoslawien schon positive Ergebnisse? Aber dort erwägt man die Transplantation ja vorerst nur in den Ljubljaner und Zagreber Labors. Oder die Berliner? Eilgespräch nach Berlin zu den ostdeutschen Kollegen. Häufig haben sie bisher noch nicht miteinander telephonierte. Jetzt meldet sich eine monotone Stimme: »Hier ist die Berliner Außenstelle des Bundesinstituts für Entomologische Forschung. Zwecks Auskunft über den ostdeutschen Käfer wenden Sie sich bitte an das Zoologische Museum Alexander König in Bonn«.

Aus dem Ungarischen von Walter Demmler

Anmerkungen

- 1 Im nachfolgenden verwende ich die Ausdrücke »Übergang« und »Transformation« als Synonyme, um die Veränderungen der Wirtschaftssysteme sowjetischen Typs in Osteuropa (vor allem in der DDR, in Jugoslawien, Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn) zu beschreiben.
- 2 Die osteuropäischen Ökonomen, die über die Transformation nicht nur nachdenken, sondern auch aktiv an ihrer Planung teilnehmen, werden im folgenden in Analogie zu »Reformer« »*Reformer*« genannt (siehe das nächste Kapitel).
- 3 Diese Hypothesen wurden in den folgenden Aufsätzen ausführlich behandelt: J.M. Kovács: A reformalku sürüjében (Im Dickicht des Feilschens um die Reform), in: *Valóság* 1984/3; Reform Bargaining in Hungary, in: *Comparative Economic Studies* 1986/3; Reform Economics: The Classification Gap, in: *Daedalus* Winter 1990; From Reformation to Transformation: Limits to Liberalism in Hungarian Economic Thought, in: *Eastern European Politics and Societies (EEPS)*, 1990, forthcoming; Compassionate Doubts about Reform Economics (Science, Ideology, Politics), in: J.M. Kovács and M. Tardos (eds): *Reform and Transformation*, Routledge, 1991, forthcoming.
- 4 Die Grenzen dieser Begriffe habe ich in dieser Studie bewußt nicht eingeeengt, um möglichst viele logische Aufgaben-Kombinationen behandeln zu können. Wenn von Privatisierung die Rede ist, sind (mit Ausnahme der Selbstverwaltung) alle Aktionen der Entstaatlichung gemeint; der Terminus »Marktherausbildung« (*marketization*) wird als Synonym für Deregulierung verwendet, obwohl neben der Demontage der Marktbarrieren auch Maßnahmen zur Marktstimulierung inbegriffen sind; Stabilisierung heißen im folgenden alle Bestrebungen, das Gleichgewicht in der Außenwirtschaft und im Binnenmarkt, im Finanzwesen und auf dem Arbeitsmarkt, etc. wiederherzustellen; schließlich verstehe ich in diesem Aufsatz unter Demokratisierung Aufgaben, die von der Konstituierung des Rechtsstaates über die Entwicklung der *civil society* zur Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft reicht.
- 5 Natürlich können im Glücksfall auch beide Logiken ineinanderfließen: dann gilt es, ähnliche Dilemmas zu lösen, wie sie unter Fall eins aufgeführt wurden. Dabei gestaltet sich allerdings das »Wie« des Übergangs noch schwieriger, weil die Politik im Verlauf der Transformation einer *doppelten Rationalität* folgt: bei der Umwandlung des Parteistaates in einen Rechtsstaat werden die Voraussetzungen für Privatisierung und Marktherausbildung geschaffen; nach einer gewissen Zeit verschafft sich jedoch auch das pragmatische Ego der Politik Geltung, und selbst in den Stabilisierungsprozessen können realpolitische Bremsen in Kraft treten. Auf die Reibungen der politischen Aufgaben untereinander (z.B. kompetitive Demokratie und *civil society*, Parlamentarismus und Korporatismus) gehe ich hier nicht ein. (Siehe die Aufsätze von Arato, Przeworski und Smolar in diesem Band.)
- 6 Siehe z.B. V. Klaus and T. Jezek, Social Criticism, False Liberalism and Recent Changes in Czechoslovakia, in: *EEPS*, 1990 forthcoming; The Evolutionary Approach, *Financial Times* 13.12.1989; V. Klaus, Für eine Marktwirtschaft ohne Geschenke, *Neue Zürcher Zeitung*, 16.3.1990; J. Kornai, Indulatos röpirat a gazdasági átmenet ügyében, Budapest 1989 (The Road to a Free Economy, New York 1990); J. Sachs, What is to be done?, *Economist* 13.1.1990; I. Grosfeld, Privatization of State Enterprises, in: *EEPS*, 1990, forthcoming; J. Lewandowski & J. Szomburg, Keine Wirtschaftsreform ohne Privatisierung, *Neue Zürcher Zeitung*, 4.8.1989.
- 7 Die oben genannten Dilemmas erinnern in vieler Hinsicht an jene, mit denen sich einst die Reformökonomten abmühten. Damals versah ich diese Dilemmas mit der strengeren Bezeichnung »*Reformparadoxa*«, und zwar deshalb, weil das Verbot des privaten Großeigentums und des Mehrparteiensystems den gedanklichen Spielraum der Reformer so stark einengte, daß sich dem Ökonomen nicht einmal zweitbeste Lösungen boten. (Vgl. J.M. Kovács: Im Dickicht ... ; Reform Economics ...)
- 8 Oftmals lassen sich *kurz- und langfristige Wirkungen* freilich voneinander trennen, und man kann sich auf die Wichtigkeit der für die Zukunft zu erbringenden Opfer berufen (z.B. die schmerzhaften Folgen der Stabilisierung). Manchmal lassen sich die *opportunity costs* tatsächlich abschätzen, zumindest was die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen der vorgeschlagenen Entscheidung betrifft, während wir uns im Falle der – nicht nur politischen – Nachfolgewirkungen meist nur auf unsere Intuition, bestenfalls auf Faustregeln verlassen können. Man kann zum Beispiel darüber Berechnungen anstellen, was ein Land mit der Umorientierung des Handels von

Ost nach West gewinnt oder verliert. Schwer läßt sich jedoch voraussagen, wie weit die dieser Umstellung zum Opfer gefallenen Lobbies die Stabilität belasten bzw. die Gewinner der Aktion ihre Monopolstellung festigen werden, und wie dies alles das Gleichgewicht des Binnenmarktes, die Privatisierungsmöglichkeiten etc. beeinflussen wird.

- 9 Diese Auffassung wird vielleicht am energischsten durch J. Sachs vertreten. (Über die ähnlichen Ansichten von Klaus und Kornai siehe J.M. Kovács: *From Reformation...*)
- 10 Der Terminus »totalitaristisch« wird hier als Sammelbegriff für alle jene Darstellungen der Wirtschaft und Gesellschaft sowjetischen Typs in Osteuropa verwendet, die – manchmal unbewußt – auf den Wortschatz der Totalitarismus-Theorien zurückgreifen, wenn sie die autoritäre, despotische, zentralistische Natur des Systems betonen (vgl. Jacques Rupnik, *Totalitarianism Revisited*, in: J. Keane (ed), *Civil Society and the State*, London 1988). Unter den Übergangsprogrammen bricht das Szenario von V. Klaus am entschiedensten mit dieser Tradition. Die Wiedergeburt der Begrifflichkeit des Totalitarismus ist vor allem für jene Ökonomen charakteristisch, die sich den national-radikalen Bewegungen Osteuropas angeschlossen haben (vgl. z.B. das Grundprogramm des Ungarischen Demokratischen Forums, Oktober 1989, Budapest).
- 11 Lassen wir hier einmal dahingestellt, ob das ursprüngliche Totalitarismus-Modell zu seiner Zeit die wahren Zusammenhänge der Systeme sowjetischen Typs überhaupt befriedigend erklärt hat. Und obwohl sich sein Gegenstand in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert hat, ist dieses Modell heute immer noch die *einzig* umfassende und logisch einigermaßen kohärente Darstellung des Realsozialismus in den Wirtschafts- und Politikwissenschaften. Es wird wohl sehr lange dauern, bis einmal die Mosaiksteinchen der nicht-totalitären Darstellungen (wir haben noch nicht einmal einen Namen dafür) zusammengefügt sind. (Vgl. G.T. Rittersporn: *Simplifications staliniennes et complications soviétiques*, Paris 1988.; M. Csanádi, *Beyond the Image*, in: *Social Research*, Summer 1990).
- 12 Siehe E. Hankiss, *Kelet-Európai alternatívák*, Budapest 1989 (*Eastern European Alternatives – Are There Any?*, Oxford, 1990); J. Staniszkis, *Political Capitalism in Poland*, in: *EEPS*, 1990, forthcoming; L. Bruszt, *The Dilemmas of Economic Transition in Hungary*, in: *Südosteuropa* 1989/12.
- 13 In Ungarn ist eine heftige Debatte über diese Fragen im Gange. Siehe z.B. T. Bauer, *Melyik a realis illúzió?* (Welche Illusion ist realistisch?), *Figyelő* 1989/50; A. Bródy, *Tünödés egy indulatos röpirat kapcsán* (Meditation über ein leidenschaftliches Pamphlet) in: *Valóság* 1990/3; I. Gábor, *A magánvállalkozás és a polgárosodás kilátásairól* (Über die Chancen des Privatunternehmertums und der Verbürgerlichung) in: *Valóság* 1990/6; K. Lányi, *Látomás és indulat a közgazdasági tanokban* (Vision und Emotion in der Wirtschaftslehre) in: *BUKSZ Sommer* 1990; I. Szelényi, *Alternative Futures for Eastern Europe: The Case of Hungary*, *EEPS*, Spring 1990; M. Tardos, *Property Rights in Hungary*, in: Kovács und Tardos (Hg.), *Reform and Transformation*.
- 14 Es ist sehr interessant, wie sich diese zwei Auffassungen bei Kornai vermischen.
- 15 Vgl. *Rediscovery of Liberalism in Eastern Europe*, *EEPS*, 1990 forthcoming.
- 16 Siehe E. Hankiss über die »Grand Coalition« (*Eastern European Alternatives...*).
- 17 Siehe G. O'Donnell, P. Schmitter, L. Whitehead: *Transitions from Authoritarian Rule (I-IV)*, Wilson Center 1986. Siehe auch den Aufsatz von Przeworski in diesem Band.
- 18 Vgl. *Rediscovery...*; D. Cassel (Hg.), *Wirtschaftspolitik im Systemvergleich*, München 1984; H. Hamel (Hg.), *Soziale Marktwirtschaft – Sozialistische Planwirtschaft*, München 1989.

Übergänge zur Marktwirtschaft

Jeffrey D. Sachs: Die Philosophie des Übergangs zur Marktwirtschaft heißt: Schnell und umfassend operieren, jeden Dritten Weg meiden. Die kommunistische Wirtschaft hat ihre Logik, die kapitalistische Wirtschaft hat ihre Logik; aber die Mischung von beiden hat keine Logik. Die Idee einer schrittweisen Reform läuft auf das gleich hinaus, wie wenn man in England den Linksverkehr auf rechts umstellen würde, indem man mit den Lastwagen anfängt.

Natürlich konnte man die Privatisierung nicht gleich als erstes und auf einen Schlag durchführen. Zuerst mußte ein Minimum an finanzieller Kontrolle wiederhergestellt werden. Aber wenn die Regierung jetzt nicht zügig mit der Privatisierung voranschreitet, wird auch alles andere zum Stillstand kommen. Welche Wege gibt es? Von Arbeitern geführte Wirtschaften sind so schlecht wie staatlich gelenkte. Jugoslawien belegt das am besten. Ein großes Problem in Polen besteht heute darin, daß die Arbeiterräte immer noch meinen, die Arbeiterselbstverwaltung sei eine legitime Alternative. Mit einem solchen Dritten Weg würde Polen von einer ideologischen Sackgasse in die andere springen – das wäre eine Tragödie. Man kann das Staatskapital ebensowenig den Arbeitern überantworten wie der Nomenklatura; die Privatisierung der einzelnen Betriebe darf weder durch die Belegschaft noch durch das alte Management durchgeführt werden. Denn sie sind sicherlich die falsche Adresse: Ihre gegenwärtige Position erlaubt es ihnen, die Gewinne aus diesen Unternehmen zu ziehen und damit die gesamte Wirtschaft zu destabilisieren. Die Privatisierung muß der Staat durchführen, weil er Besitzer des Kapitals ist.

Wie kommt man zu einer gut funktionierenden Marktwirtschaft? Mit einer schnellen Professionalisierung der Bürokratie können wir wohl nicht rechnen. Das einzige, was man jetzt tun kann, ist, der Bürokratie die Verantwortung zu entziehen, indem man sich so radikal wie möglich auf die Marktkräfte stützt. Eine radikal marktwirtschaftliche Politik ist weniger eine auf Adam Smith zurückgreifende Strategie als vielmehr eine pragmatische Antwort auf eine Situation, die von der Bürokratie beherrscht wird. Es ist unmöglich, daß die Preise weiter von Bürokraten festgelegt werden, also muß man zur freien, über den Markt laufenden Preisbildung übergehen. Aber auch dann haben wir es in den nächsten Monaten, vielleicht Jahren noch immer mit einer sozialistischen Wirtschaft zu tun. Und das hat einige Implikationen, die amerikanische Konservative empört fragen lassen: »Warum friert ihr die Löhne ein? Das ist doch keine freie Marktwirtschaft!« Wissen Sie, warum die Löhne eingefroren werden müssen? Weil es keine Bremse für exzessive Lohnforderungen gibt: keine Kapitalisten, mit denen die Arbeiter verhandeln müßten. –

Es gibt einen ganz wichtigen Punkt, in dem sich die meisten Länder in Ostmitteleuropa von anderen unterscheiden, die ebenfalls versuchen, ökonomische Reformen durchzuführen: Polen weiß, wohin es will. Es will zurück nach Europa, und das ist ein relativ klares Vorhaben. In Lateinamerika hingegen, wo ich einige Jahre gearbeitet habe, ist immer noch die Frage offen, welche Art Gesellschaft man haben will.

Gawril Popow: Wir müssen uns mit dem Problem auseinandersetzen, wie man

etwas denationalisiert, das nie Privateigentum war: ein Eigentum, das vom Staat geschaffen wurde. Und es soll an Eigentümer übergehen, die niemals Privateigentum besessen haben, wobei dies nicht nur für sie selbst gilt, sondern auch für die Generation davor. Es ist eine Sache, aus einer Kaserne, die einmal ein Wohnhaus war, wieder eines zu machen. Aber etwas ganz anderes ist es, wenn man aus einem von vornherein als Kaserne gebauten Gebäude ein Wohnhaus machen soll. Die überwältigende Mehrheit der werktätigen Bevölkerung will weder Privateigentümer werden noch Miteigentümer einer Kooperative. Das ist auch nicht verwunderlich in einem Land, in welchem alle zehn bis fünfzehn Jahre jeder, der einen Versuch gemacht hat, unabhängig zu werden, systematisch liquidiert wurde.

Tamás Bauer: Eines der Hindernisse in der Entwicklung des freien Wettbewerbs ist in allen osteuropäischen Ländern und auch in der Sowjetunion das Fehlen von Handel und Banken. Selbst wenn es genügend Anbieter gibt, so sitzen sie doch an verschiedenen Orten und in verschiedenen Marktbereichen; es fehlt bei uns an Strukturen, die die Anbieter mit ihren potentiellen Kunden zusammenbringen. Das hat seine Gründe. Der Handel war in Osteuropa immer etwas Verdächtiges, und unglücklicherweise sind auch die neuen politischen Kräfte und Parteien argwöhnisch gegenüber jedem, der etwas günstig einkauft, teurer verkauft und einen guten Profit macht. Das scheint immer noch nicht legitim zu sein. Deshalb müssen wir bei uns zuallererst den Binnen- und den Außenhandel privatisieren.

Fast alles Kapital ist in unseren Ländern in den Händen von Leuten, von denen niemand gerne hätte, daß sie Eigentümer werden, nicht einmal von Aktien, denn entweder sind sie Spekulanten oder sie gehören zur alten Elite, d.h. können ihre soziale Position kapitalisieren. Ich glaube aber, daß die neuen Regierungen ihr Miß-

trauen gegenüber diesen Leuten überwinden müssen. Wenn es sich um einen friedlichen Übergang handeln soll, muß man eben akzeptieren, daß Mitglieder der alten Elite in die neue überwechseln.

George Soros: Wir sollten die Diskussion nicht auf die Privatisierung beschränken. Es geht nicht nur darum, die bestehenden staatlichen Unternehmen zu privatisieren, sondern auch darum, neue auf den Markt zu bringen. Ich glaube, es ist sehr wichtig, die Schaffung neuer von der Privatisierung alter Unternehmen zu trennen. Um neue Unternehmen zu gründen, muß man die Produktionsmittel von der staatlichen Kontrolle befreien, und um das zu tun, muß man den staatlichen Betrieben Disziplin auferlegen. Daher ist die Reihenfolge der zu unternehmenden Schritte wahrscheinlich genau umgekehrt: Anfangen muß man mit der Disziplinierung der Staatsbetriebe, dadurch die Ressourcen freisetzen, dann neuen Unternehmen Starthilfe geben, was gleichzeitig dazu beiträgt, die Wirtschaft zu entmonopolisieren, und schließlich privatisieren.

Kurt Biedenkopf: Es ist wichtig, zwischen der Vermögensverteilung und dem mit dem Eigentumsrecht an Produktionsmitteln verbundenen Verfügungsrecht zu unterscheiden. Eine weite Streuung der Eigentumstitel, sei es durch Verteilung an die Bevölkerung oder durch Verkauf, bedeutet eine Atomisierung der Verfügungsrechte. Diese Atomisierung erzeugt ein Vakuum, in dem sich eine neue Führungsschicht ansiedelt. Mit der Verteilung muß also das Problem gelöst werden, wie die Verfügungstitel aus dem Eigentum gehandhabt werden. Sonst erzeugt man eine Reformillusion, weil sich in Wirklichkeit nichts ändert. Diese Frage kann man organisatorisch auf verschiedene Weise lösen, aber sie muß unmittelbar mit der Privatisierung zusammen gelöst werden. Denn nur mit dem Hebel der Privatisierung haben wir die Möglichkeit, zu-

mindestens die alten Führungsstrukturen zu verändern. Deshalb gibt es heute ein Interesse der alten Führungsstrukturen an einer möglichst schnellen Atomisierung des Eigentums.

Man kann nicht alles gleichzeitig machen. Wenn man das versucht, hat man die gesamte Bürokratie gegen sich. In der Bundesrepublik gilt der Satz, daß man wesentliche Reformen nicht gegen, sondern nur mit der Bürokratie machen kann. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das in der Sowjetunion, in Polen oder Ungarn anders ist. So muß man Prioritäten setzen und Einzelprobleme lösen. Das wichtigste Problem, das nach meiner Auffassung in der Sowjetunion gelöst werden muß, ist der Aufbau einer funktionsfähigen Logistik. Solange in einem Land fast die Hälfte der Ernte umkommt, weil es nicht möglich ist, sie vom Produzenten zum Konsumenten zu bringen, sind alle anderen Bemühungen um eine Marktwirtschaft sinnlos.

Lane Kirkland: Ich habe meine Zweifel, was makroökonomische Formeln betrifft, wie sie von den Experten des *Internationalen Währungs-Fonds* oder hochrangigen Beratern beschworen werden, offensichtlich in der Annahme, daß irgendein Zauber diese Formeln ins Werk setzen und alle Probleme lösen wird. Ich glaube, daß beide, Gott und der Teufel, in der Mikroökonomie wohnen. Die Lösungen müssen letzten Endes in der Mikrowelt gefunden werden, da, wo die einfachen Leute leben.

Österreich, dessen Gast wir hier sind, hat eine Menge sehr guter Ökonomen hervorgebracht, aber ich glaube nicht, daß es ihre Theorien waren, die den Schlüssel zum Erfolg dieser Gesellschaft und Wirt-

schaft darstellen. Manche sagen, dieser Erfolg verdanke sich eher der Tatsache, daß Österreich seine besten Ökonomen exportiert hat. Wie dem auch sei, wenn es einen Schlüssel gibt, dann liegt er im Gesellschaftsvertrag zwischen den Sozialpartnern: Das Ergebnis ist eine funktionierende Gesellschaft mit sehr geringer Arbeitslosigkeit und anständigen sozialen Sicherheiten für alle. Das ist eine Lektion, die man annehmen sollte. Viele Probleme, die wir hier behandeln, sollten nicht in der dünnen Luft abstrakter ökonomischer und politischer Theorien diskutiert werden. Ein besserer Ansatz ist der Gesellschaftsvertrag, das Aushandeln von Opfern, wie sie allgemein erwartet werden, im Austausch gegen die Erfüllung persönlicher Bedürfnisse.

Jedenfalls glaube ich nicht, daß die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme in Ostmitteleuropa durch makroökonomische Formeln plus Verwandlung des Eigentums der ehemaligen Staatsbetriebe in weitgestreutes Aktienkapital gelöst werden können. Das erinnert mich an die letzten Worte eines alten amerikanischen Kämpfers, der sein ganzes Leben im Dschungel der freien Marktwirtschaft verbracht hatte. Er war eine Art Lagerfeuer-Philosoph und Kneipen-Forscher des Alltagslebens. Auf dem Totenbett soll er gesagt haben: »Es gibt Leute, die behaupten, unsere Welt sei so beschaffen, daß alle Menschen in ihrem Leben ungefähr gleich gute Chancen bekommen. Ich habe festgestellt, daß das wahr sein könnte. Beispielsweise habe ich beobachtet, daß jeder Mensch ungefähr dieselbe Menge Eis kriegt. Die Reichen bekommen es im Sommer und die Armen im Winter.«